

RUNDBRIEF

Bündnis 90 / Die Grünen
Ortsverband Ronnenberg

Ausgabe 1/2007



Beitagsfreies Kita-Jahr darf nicht zu Beitragserhöhungen in Ronnenberg führen

Ronnenberg hat über Jahre in eine bedarfsgerechte Kita- und Krippenversorgung investiert. »Die Tatsache, dass es Kommunen wie Ronnenberg mit einem so vorbildlichen Angebot gibt, wird in keinster Weise durch die jüngsten Ausführungen der Landesregierung zum beitragsfreien letzten Kindergartenjahr gewürdigt«, so Andreas Beichler von der grünen Ratsfraktion in Ronnenberg. »Die 130 Euro Pauschalzuweisung reichen für ein beitragsfreies Kita-Jahr in der Ganztagsversorgung bei Weitem nicht aus« so Beichler. Vielmehr müsse es darüber hinaus höhere Personalkostenzuschüsse geben. Wenn sich die Landesregierung nicht anders entscheidet und sie bei dieser Vorgehensweise bleibt, werden Ronnenberger Eltern im letzten Kita-Jahr trotzdem zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

GRÜNE gegen erneute Belastung der Eltern

Die grünen in Ronnenberg sprechen sich gegen eine weitere Erhöhung der Kindergartengebühren aus.

Bürgermeister Walther fordert zu Recht, dass die geplante Pauschale des Landes Niedersachsen zur Deckung der Kosten für ein beitragsfreies drittes Kindergartenjahr kostendeckend sein muss. Aber sein Vorschlag, dass eventuell auftretende Mindereinnahmen bei den 5-jährigen von den Eltern, die Kinder im Alter zwischen 1 und 4 haben und städtische Betreuungseinrichtungen nutzen, gedeckt werden sollen, ist abenteuerlich. Genauso gut könnte man unsinnigerweise die Eltern von Schulkindern an den Kosten von beitragsfreien Kindergartenjahren heranziehen. Die Kosten für die gewünschte Beitragsfreiheit trägt das Land aus seinem Gesamthaushalt und genauso müsste die Stadt dieses tun und zur Vermeidung von neuen Schulden ein eventuelles Defizit durch alle Steuerzahler decken.

Der Vorschlag zeigt, dass die bestehende feste Prozentbeteiligung der Eltern (1/3) an den Kosten der Kitas mit ihren mittlerweile absurden Auswirkungen sich überholt hat und geändert werden muss.

Qualität in der öffentlichen Kinderbetreuung

Qualifikation des Personals verbessern

Die enorme Bedeutung guter Kindertagesbetreuung ist vielerorts ein Thema. Großen Nachholbedarf haben hier insbesondere die Bundesländer im Westen und Süden Deutschlands. Der quantitative Ausbau von Angeboten für Familien muss allerdings mit qualitativen Verbesserungen einhergehen. Nur wenn Eltern von der hohen Qualität der Betreuungsangebote überzeugt sind, können sie ihre Kinder mit gutem Gefühl außerhalb der Familie betreuen und fördern lassen. Beides gleichzeitig zu schaffen - den Aufbau einer besseren Infrastruktur in der Breite und die Verbesserung der Qualität der Angebote - ist keine leichte Aufgabe.

Frühe Förderung

Aber wer allen Kindern gute Startchancen verschaffen will, muss diese Aufgabe in Angriff nehmen. In Bezug auf die Aspekte Entwicklung der Persönlichkeit, Bildung, Gesundheit, soziale und kulturelle Teilhabe und nicht zuletzt bei der Integration verspricht ein möglichst früher Förderansatz auch den größten Erfolg. Gerade in den ersten Lebensjahren verfügen Kinder über

ein großes Lernpotenzial, das für ihre emotionale, soziale und kognitive Entwicklung stärker unterstützt werden muss. Es gilt uneingeschränkt das Motto: Früh investieren statt spät reparieren!

In Deutschland wurde die frühkindliche Förderung allerdings lange unterschätzt. Inzwischen hat sich längst gezeigt, dass Kinder, die in einem für sie günstigen Umfeld aufwachsen, von einer qualitätsvollen Betreuung und frühen Förderung in Kindertageseinrichtungen zusätzlich profitieren. Bei Kindern, die in einem weniger günstigen Umfeld aufwachsen, können eine gute Betreuung und Förderung helfen, Defizite rechtzeitig zu kompensieren.

Kinder für die Zukunft fit machen

Ziel ist es, Kindern jeglicher Herkunft die Chance zu geben, unversehrt und selbst bestimmt aufzuwachsen und ihre Potenziale zu entfalten. Um unsere Kinder fit für die Zukunft zu machen, muss zweierlei gelingen: Zum einen müssen die Rah-

Weiter auf der nächsten Seite!



Fortsetzung von Seite 1

menbedingungen in der Kindertagesbetreuung verbessert werden: Verträgliche Gruppengrößen, ein angemessener Personalschlüssel und die Einführung eines Qualitätsmanagements im Betreuungssystem sind hierzu notwendig. Zum anderen muss Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in der Kindertagesbetreuung verändert werden.

Ausbildung auf Hochschulniveau

Die Anforderungen an Erzieherinnen und Erzieher werden zunehmend komplexer und müssen teilweise unter schwierigen Bedingungen bewältigt werden. Aus unserer Sicht sprechen zahlreiche Gründe dafür, die Ausbildung eines Teils des Personals in der Kindertagesbetreuung langfristig auf Hochschulniveau anzuheben sowie länderübergreifende Standards einzuführen. Mittel- bis langfristig soll auf diese Weise erreicht werden, dass in

einem intelligenten Personalmix rund die Hälfte des Personals an Fachhochschulen oder Universitäten ausgebildet wird. Die nach dem heutigen Standard ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern würden demnach durch akademisch qualifizierte Frühpädagoginnen und -pädagogen ergänzt. Dabei soll ihnen aber auch die Möglichkeit eröffnet werden, sich zu Frühpädagogen und Frühpädagoginnen weiter zu qualifizieren.

Zertifizierte Ökoprodukte in Kita-Küche – Grüne stellen Antrag

Ein Skandal um verbotene Pestizide auf den Tellern der Verbraucher jagt zur Zeit den anderen.

Greenpeace hat bei dem bisher größten unabhängigen Test von Obst- und Gemüse aus deutschen Lebensmittel-Supermärkten erneut erhebliche Pestizid-Rückstände gefunden. Verbraucher können bei konventioneller Ware deshalb noch nicht aufatmen. Wer rückstandsfreies Obst und Gemüse genießen möchte, sollte weiterhin auf Bio-Produkte zurückgreifen. Mehr dazu unter: www.greenpeace.de

Das war für uns Grüne im Stadtrat Ronnenberg der Anlass eine wichtige Forderung aus unserem Wahlprogramm in Form eines Antrags zum Haushaltsplan 2007 umzusetzen. Außerdem sehen wir akuten Handlungsbedarf aufgrund einer Gefahrenabwehr, denn es geht um die mögliche Vergiftung unserer Kinder!

Konkret haben wir gefordert als Ziel den »Einsatz zertifizierter, ökologischer Produkte aus regionaler Produktion« in das Produkt »Kita-Küche« aufzunehmen. Das stieß zunächst auf allgemeine Verwunderung im Ausschuss, aber auf meinen Hinweis hin, dass der Rat und seine Organe hier unmittelbaren Einfluss haben auf das, was in der Stadtküche zur Verwendung kommt, hat die Mehrheit im Ausschuss diesen Antrag mit Wohlwollen zur Kenntniss genommen. Die Verwaltung sollte prüfen, ob die Kosten im Rahmen bleiben. Danach sollen noch die Eltern informiert und befragt werden.

Allerdings werden wir Grüne in Ronnenberg einer bloßen Befragung der El-

tern unter dem Motto »Wollt Ihr teureres Essen, weil die Grünen Bio-Produkte haben wollen« nicht akzeptieren und planen zu diesem Thema zeitnah eine Veranstal-

tung. Auf diese Weise wollen wir dem Informationsbedarf unter den Eltern Rechnung tragen.

Andreas Beichler, grünes Ratsmitglied

Grüne

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Ronnenberg

Dieter Albrecht
Ruth Wenzel
Andreas Beichler
Lisa Maack

Kontakt:
Am Kirchkamp 7
30952 Ronnenberg
Telefon 0511 466863
E-Mail: d.albrecht@htp-tel.de

Ronnenberg, den 7. Februar 2007

Änderungsantrag zur Drucksache 111/2006
Teilhaushalt 2 – Produkt 36.5.121 – KiTa-Küche.

Folgendes Ziel ist in das Produkt 36.5.121 KiTa-Küche aufzunehmen:
»Einsatz zertifizierter, ökologischer Produkte aus regionaler Produktion.«

Begründung:
Auf dem deutschen Markt überschreiten immer mehr Lebensmittel die zugelassenen Höchstmengen bei Pestizidrückständen. Besonders betroffen sind Trauben, Beeren, sowie Obst und Gemüse außerhalb der Saison. Das Dramatische daran ist, dass im Dezember 2006 auch verbotene Substanzen gefunden wurden, die vor allem für Kinder hoch toxisch und krebserregend sein können. Bevor Untersuchungsergebnisse vorliegen können, sind die Waren meistens schon verzehrt, was das Problem nur noch vergrößert.
Bioprodukte sind davon nicht betroffen, so dass der Einsatz dieser Bio-Lebensmittel in der KiTa-Küche eine Entscheidung für eine gesunde Ernährung ist.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Beichler
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Ronnenberg

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Das Biosiegel – ein Aufbruch !?

Konsequenzen für deutsche Bioerzeuger

Im Jahr 2006 verdienen die deutschen Landwirte laut Zeitungsmeldungen endlich wieder! – sowohl die konventionell als auch die biologisch produzierenden. Ist das ein Grund zur Zufriedenheit? Bedenkt man, dass in Dörfern jeweils nur noch wenige Bauern existieren und deren Einkommen zu einem hohen Prozentsatz durch Subventionen zustande kommt, wird diese Freude und Zufriedenheit doch getrübt. Wie kann ein Berufsstand zufrieden sein, wenn er seinen Erfolg und seine Existenz nicht auf seine Tätigkeit sondern auf Subventionen zurückführen muss. Dies ist ein Beispiel dafür, dass man einen Vorgang, ein Ereignis, eine Information durchaus von mindestens zwei Seiten her betrachten kann, also auch die europaweite Einführung des Biosiegels. Durch diese Maßnahme wurde für die Discounter auf Grund zentraler Einkaufsmöglichkeiten das Anbieten von Bio-Ware ermöglicht. Die Kunden, die gern qualitativ bessere Lebensmittel kaufen wollten, aber wegen mangelnden Angebotes vor Ort darauf verzichteten, griffen nun langsam aber zunehmend zu. Die Folge ist, dass der Anteil der Bio-Waren am gesamten Lebensmittelbereich inzwischen realistische 10% erreicht hat.

Noch bekommen die deutschen Erzeuger auskömmliche Preise für ihre Produkte. Bio-Produkte sind aus der »Marktnische« in eine zunehmend ge-

sellschaftlich anerkannte Position gerückt. Bio wird im Discounter billiger angeboten – Bio endlich für alle! Wer hätte das noch vor zwei Jahren geahnt.

Nun könnte man davon ausgehen, dass der ökologisch wünschenswerte Umstellungsprozess in der deutschen Landwirtschaft durch diese Entwicklung einen rasanten Verlauf nimmt.

Um diese Annahme, die auf die Zukunft ausgerichtet ist, auch nur annähernd beurteilen zu können, bedarf es einiger grundsätzlicher Überlegungen.

Erstens ist die Produktion von biologischen Lebensmitteln auf Grund differierender klimatischer und struktureller Voraussetzungen in den EG-Ländern unterschiedlich effizient.

Zweitens ist der Ökolandbau grundsätzlich arbeitsintensiver als der konventionelle Landbau. Um hier exemplarisch Wettbewerbsunterschiede zu verdeutlichen, die beispielsweise zwischen polnischen und deutschen Bio-Betrieben bestehen, legen wir das Arbeitsentgelt pro Stunde zu Grunde: In Polen hat ein Landarbeiter etwa 5,35 Zloty Stundenlohn, was 1,40 Euro entspricht. Dem gegenüber bezahlt der deutsche Ökolandwirt sowohl dem deutschen als auch dem polnischen Mitarbeiter mindestens 7 Euro in der Stunde.

Drittens tragen deutsche Öko-Bauern die erheblichen Kosten für Kontrolle, Beratung und Verbandszugehörigkeit selbst.

Viertens vollzieht sich durch den EG-Beitritt der östlichen Länder eine rasante Änderung der dortigen Agrarstruktur, die es diesen Betrieben leichter als den deutschen macht, auf ökologische Landwirtschaft umzustellen. In Deutschland hat sich dem gegenüber in den letzten 30 bis 40 Jahren ein Strukturwandel bereits vollzogen, der den übrig gebliebenen konventionellen Betrieben ein ausreichendes Familieneinkommen sichert. Das führt naturgemäß zu einer geringeren Umstellungsbereitschaft. Dies kann wiederum dazu führen, dass die ökologisch bewirtschaftete Agrarfläche in den östlichen EG-Ländern prozentual schneller wächst als in Deutschland.

Fünftens ist erkennbar, dass die staatliche Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland kontinuierlich abgebaut wird.

Durch das zunehmende Interesse der Discounter, die in der Regel große Mengen an Lebensmitteln zentral einkaufen, entstehen in europäischen und außereuropäischen Ländern Warenerfassungsorganisationen, die den Discountern entsprechende Mengen anbieten können. Die Discounter kaufen dort ein, wo sie die Ware, die durch das Biosiegel einen fiktiven Gleichheitscharakter bekommen hat, am preisgünstigsten bekommen können. Die Erfassungsorganisationen ihrerseits, die ebenfalls an einer hohen Gewinnspanne interessiert sind, drücken die Einkaufspreise beim Erzeuger, der als Einzelunternehmer eine schwache Verhandlungsposition hat. Genau dieses System hat in Deutschland in den zurückliegenden 20 bis 30 Jahren zum »Bauernsterben« geführt.

Angebot und Nachfrage regeln den Preis – eine simple marktwirtschaftliche Weisheit. Solange die Nachfrage nach Bio-Produkten noch hoch ist, wird der Produzent auch kostendeckende Preise erzielen. Sollte jedoch das Warenangebot den Bedarf übersteigen, werden die Öko-Bauern in Deutschland auf der Strecke bleiben, deren Erzeugungsbedingungen ungünstiger sind. Kleinbäuerliche Betriebe mit Selbstvermarktung, die häufig noch eine ökologisch wünschenswerte Kreislaufwirtschaft betreiben, können derzeit nur existieren, weil sie durch die Direktvermarktung keine Preisminderung in Kauf nehmen müssen. Diese Betriebe, die in der Regel über geringere Anbauflächen verfügen und daher auch geringere Subventionen erhalten, geraten durch niedrige Preise in den Discountern in eine Konkurrenzsituation, der sie zum großen Teil voraussichtlich nicht standhalten werden. Aber gerade diese Betriebe sorgen für eine Regionalversorgung, die nicht nur aus ökologischen Gründen erhaltenswert ist. Als Beispiel seien die Erhaltung einer abwechslungsreichen Landschaft und die geringere Umweltbe-

Weiter auf Seite 4!





Fortsetzung von Seite 3

lastung durch geringeren Transport und Qualitätssicherheit durch Nachprüfbarkeit genannt.

Ein europaweiter Warenfluss erfordert Großtransporte zu den jeweiligen landeseigenen Erfassungszentralen und von dort zu den hiesigen Discountern. Logischerweise liegt es im wirtschaftlichen Interesse der Erfassungszentralen, mit wenigen großen statt mit vielen kleinen Betrieben zu verhandeln. Diese Entwicklung führt zur Spezialisierung, Vergrößerung und Technisierung der Erzeugerbetriebe.

Viele kleinere Betriebe beschäftigen mehr Menschen als wenige große Spezialbetriebe, die durch bessere Investitionsbedingungen weniger Personal benötigen. – Kann das das Ziel sein?

Wahrscheinlich ist dieser Prozess

langfristig nicht aufzuhalten, wenn die derzeit bestehende »ökonomische Vernunft« weiterhin Prämisse des Handelns sein wird.

Eine Förderung der ökologischen Lebensmittelproduktion in Europa, das sei bemerkt, ist grundsätzlich zu begrüßen. Es wäre aber wünschenswert, wenn nicht erforderlich, wenn durch die Einführung des Biosiegels nicht nur der ökologische Gedanke weitergetragen, sondern auch eine Vergleichbarkeit der Produktionsbedingungen und Qualität erzielt würde. Die EU plant die Einführung eines europäischen Biologos ab 1. Januar 2009. Die Produktionsbedingungen sollen allerdings aus sogenannten Angleichungsgründen erleichtert werden. Dies kann zur Folge haben, dass die Bioprodukte aus europäischen und außereuropäischen

Ländern nicht den sorgfältigen Produktionsablauf erfahren wie die Produkte der deutschen Bio-Verbände, die sich bisher durch eigene Marken (Bioland, Naturland u. a.) am Markt präsentiert haben. Ein doch sehr aufwändiger Umstellungsprozess auf Ökolandbau würde in Deutschland nur dann weiteren Aufwind bekommen, wenn neben ethischen Gründen auch über staatliche Anreize und angemessene Preise den Landwirten eine ausreichende Existenzgrundlage in Aussicht gestellt wäre. In Anbetracht der globalen ökologischen Misere ist die Umstellung auf ökologischen Landbau ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Minderung der Umweltbelastungen. Hierfür hat das Biosiegel einen wertvollen Grundstein gelegt.

Hans-Jürgen Pein, Grüne Ronnenberg.

Anfragen und Anträge im »Öko-Ausschuss« (1)

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN – Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg
Dieter Albrecht, Andreas Beichler, Lisa Maack, Ruth Wenzel
Am Kirchkamp 7, 30952 Ronnenberg, ☎ 0511/46 68 63

Herrn
Bürgermeister
Wolfgang Walther
Rathaus
Hansastraße 38
30952 Ronnenberg

Ronnenberg, 18. Februar 2007

**Betreff: Bauliche Schäden in der KGS-Ronnenberg, Standort Empelde
Anfrage der Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN für die nächste Ratssitzung**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,


die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt nach der Geschäftsordnung des Rates folgende Anfrage:

In der Marie-Curie-Schule – KGS Ronnenberg, Standort Empelde – müssen immer wieder intensive Reparaturarbeiten durchgeführt werden, deren Umfang darauf schließen lassen, dass beim Anbau der Schule (1999/2000) und bei den Bauarbeiten für den Ganztagsbereich (ab 2005) nicht sorgfältig genug vorgegangen wurde.

Deshalb bitten wir die Verwaltung:

1. diese Schäden in ihrem Ausmaß aufzulisten;
2. aufzulisten, welche baulichen Ausführungen bzw. Reparaturarbeiten fehlerhaft waren;
3. mitzuteilen, in welcher Phase die Fehler vorwiegend festzumachen sind: in der Planung, in der Ausführung, in der Bauaufsicht;
4. Auskunft darüber zu geben, wann die ersten Schäden auftraten, ob Nachbesserungen (Regress) der fehlerhaften Arbeit eingefordert und auch durchgeführt wurden – wenn ja, um welche Arbeiten handelte es sich dabei?
5. Auskunft darüber zu geben, durch welche Firmen die Arbeiten durchgeführt wurden und werden.

Mit freundlichen Grüßen



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN – Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg
Dieter Albrecht, Andreas Beichler, Lisa Maack, Ruth Wenzel
Am Kirchkamp 7, 30952 Ronnenberg, ☎ 0511/46 68 63

Herrn
Bürgermeister
Wolfgang Walther
Rathaus
Hansastraße 38
30952 Ronnenberg

Ronnenberg, 21. Februar 2007

**Betreff: Baumrückschnitt und Baumschutzsatzung
Anfrage der Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN für die nächste Ratssitzung**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt nach der Geschäftsordnung des Rates folgende Anfrage:


Auf dem Grundstück Nenndorfer Straße 58a sind mehrere Bäume, die unter die Baumschutzsatzung fallen, so gestutzt worden, dass sie voraussichtlich größere Schäden erlitten haben.

Ist eine Genehmigung seitens der Verwaltung erteilt worden?

Welche Konsequenzen sind angedacht

- für den Fall, dass keine Genehmigung erteilt wurde;
- für den Fall, dass mehrere Bäume nachhaltig geschädigt wurden?

Mit freundlichen Grüßen



Forderung von Ausgleichszahlungen für die gekürzten Regionalisierungsmittel

In den Jahren 2007–2010 wird das Land Niedersachsen ca. 2,4 Mrd. Euro zusätzliche Mehrwertsteuermittel einnehmen.

Im Gegenzug dazu beschlossen Bundestag und Bundesrat im Rahmen eines Haushaltbegleitgesetzes die Kürzung der Regionalisierungsmittel.

Der Region Hannover als Träger des Öffentlichen Personennahverkehrs wurde vom Land Niedersachsen mitgeteilt, dass diese Kürzung, die von 2006–2010 ca. 38 Mio. Euro ausmachen wird, vom Land **nicht ausgeglichen** wird.

Während andere Bundesländer für die fehlenden Regionalisierungsmittel mindestens anteilig andere Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, reicht das Land Niedersachsen die Kürzungen ohne Ausgleich an den Träger des ÖPNV und SPNV weiter.

Die Region Hannover protestiert gegen das Vorgehen des Landes.

Die Landesregierung wird aufgefordert durch Umschichtungen und effizienteren Mitteleinsatz den nötigen Finanzspielraum zu schaffen, um die negativen Folgen im niedersächsischen ÖPNV zu verhindern.

Nach dem Bundesratskompromiss vom Sommer 2006 wurde den Ländern – u. a. wegen des Fortfalls der Nahverkehrszuschüsse – eine höhere Beteiligung an den Mehrwertsteuern ab dem 1. Januar 2007 zugesagt. Das Land Niedersachsen wird jährlich ca. 600 Mio. Euro zusätzlicher Mittel vom Bund erhalten.

Es können also ausreichend Mittel für den ÖPNV und SPNV zur Verfügung gestellt werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, Verantwortung für die Sicherung einer ausreichenden Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen zu übernehmen, die für die wirtschaftliche und sozialstrukturelle Entwicklung der Regionen von erheblicher Bedeutung ist.

Die Kürzung der Mittel für ÖPNV und SPNV hat einen erheblichen Angebotsabbau, Streckenstilllegungen, Arbeitsstellenverluste und unverträgliche Preiserhöhungen zur Folge, die auch das Wirtschaftsgefüge und die Lebensverhältnisse in der Region Hannover beeinträchtigen.

Dies gilt es abzuwenden.

Petra Rudsuck
(stellv. Fraktionsvorsitzende SPD)

Serdar Saris
(Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Die Gruppe SPD/GRÜNE in der Regionsversammlung werden in der nächsten Sitzung des Regionalisierungsausschusses am 6. März 2007 und in die Regionsversammlung am 13. März 2007 die nebenstehende Resolution an die niedersächsische Landesregierung einbringen.

Bundeskürzungen für Regionalisierungsmittel und Konsequenzen für Niedersachsen

Der schwarz-gelbe Raubzug durch den ÖPNV seit 2003

Anders als die Landesregierungen von Hessen, Bayern, Berlin und Brandenburg will Niedersachsen keine Mittel bereitstellen, um die drastische Kürzung der Bundesförderung für den öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen. Dies ist insbesondere deshalb nicht akzeptabel, weil die schwarz-gelbe Landesregierung Mitverantwortung für die Kürzungsvorgabe des Bundesfinanzministers trägt: Seit 2004 findet eine zunehmende Zweckentfremdung der Förderung statt. Da die Kürzung der Mittel im Gegenzug zur Verteilung der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer beschlossen wurde,

hat die Landesregierung nun sowohl die Pflicht als auch die Möglichkeit, zusätzliche Mittel für den ÖPNV bereitzustellen. Um die Verantwortung der Landesregierung für die massive Unterfinanzierung des ÖPNV zu beurteilen, ist ein Rückblick auf die vergangenen Jahre nötig:

1. Seit 2004 werden Gelder aus den Bundes-Bahn-Regionalisierungsmitteln, die zur Finanzierung der Landesaufgabe Schülerverkehr vorgesehen sind, entnommen. Inzwischen ist diese Zweckentfremdung von zunächst 58 Mio. auf über 100 Mio. Euro jährlich angewachsen.
2. CDU und FDP haben die Mittelvergabe des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) geändert. Waren Schiene und Straße früher gleichbe-

rechtigt, so entfallen heute 60% der Mittel (73 Mio. Euro pro Jahr) auf die Straße und nur noch 40% (49 Mio. Euro pro Jahr) auf die Schiene. Kürzung: 12 Mio. Euro pro Jahr.

3. Das Nahverkehrsgesetz wurde 2005 von CDU und FDP so geändert, dass 34 Mio. Euro pro Jahr aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes ohne hinreichende Zweckbindung direkt an die Kommunen gegeben werden. Der geschätzte Zweckentfremdungsumfang beträgt aktuell ca. 8 Mio. Euro pro Jahr.

Resümee: Niedersachsen erhält jährlich ca. 600 Mio. Euro Regionalisierungs-

Weiter auf der nächsten Seite!

Ein Hintergrundbericht der grünen Landtagsfraktion.



Fortsetzung von Seite 5

mittel vom Bund. Mittlerweile verwendet die schwarz-gelbe Landesregierung davon 20% nach eigenem Gusto.

Eine absehbare Reaktion: zusätzliche schwarz-rote Kürzungen

Als Reaktion auf den erkennbaren Missbrauch der Regionalisierungsmittel nicht nur in Niedersachsen erfolgte 2004 die erste Kürzungsrunde des Bundes, die im Zuge des so genannten Subventionsabbaus von Koch und Steinbrück stattfand.

In Niedersachsen konnten trotz dieser Belastungen bis heute unverträgliche Preisanhebungen oder Leistungseinschnitte im Öffentlichen Verkehr (ÖV) vermieden werden. Dies gelang vor allem durch erhebliche Einsparungen im Zuge von ÖV-Ausschreibungen, durch Rationalisierungen in den Verkehrsunternehmen und durch eine sparsame Wirtschaftsführung der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG). Die jetzt erfolgte zusätzliche Kürzung überfordert aber endgültig das Effektivierungspotenzial des ÖPNV. Würde sie ungeschmälert umgesetzt, käme es zwangsläufig zu massivem Angebotsabbau.

Durch die Bundesratsbeschlüsse vom 26.06.2006 erhalten die Länder einen großen Anteil aus den Einnahmen der zum Januar 2007 geplanten Mehrwertsteuererhöhung; für Niedersachsen handelt es sich um ca. 600 Mio. Euro pro Jahr. Im Gegenzug wurden die Regionalisierungsmittel bis 2010 vom Bund um bis zu 13 Prozent gekürzt.

Bisher hat es der Bund versäumt, die im Bundesrat am Ende verkündete geringe Minderung der Einsparvorgabe umzusetzen. Deshalb müssen Land und Verkehrsunternehmen derzeit in Niedersachsen weiter mit dem vollen Kürzungsvolumen von 283 Mio. Euro rechnen.

Für 2006 ergibt sich eine nachträgliche Kürzung um 9 Mio. Euro. Für die Folgejahre muss mit den folgenden Kürzungsbeträgen gerechnet werden: 48 Mio. Euro für 2007, 66 Mio. Euro im Jahr 2008, 75 Mio. Euro im Jahr 2009 und für 2010 sogar 85 Mio. Euro.

Absehbare Konsequenzen des Streichkonzertes für den ÖPNV

Die Absicht der Landesregierung die Bundeskürzung anteilig unverändert an alle Verkehrsträger des ÖV durchzureichen, würde zwangsläufig zu Leistungsabbestellungen, Streckenstilllegungen und unverträglichen Preiserhöhungen im ganzen Land führen.

Am schnellsten und härtesten würden sich die Einschnitte in der Region Braunschweig bemerkbar machen, weil der Förderbetrag dort bisher komplett in die Leistungsbestellung geflossen ist. Letztlich stehen aber nun überall im Land schwach ausgelastete ÖV-Strecken wie Lüneburg - Dannenberg, Northeim - Bodenfelde, Uelzen - Soltau - Bremen, Hildesheim - Braunschweig und Wolfenbüttel - Helmstedt auf dem Prüfstand.

Für die von der Landesnahverkehrsgesellschaft bestellten Verkehrsleistungen plant die Landesregierung rein taktisch eine zeitliche Verzögerung bei der Umsetzung der Streichvorgabe. Die LNVG soll offenbar zunächst für 2007 die Kürzungen bei den Mitteln für Betriebsleistungen ausgleichen, indem sie auf die bei ihr noch vorhandenen Rücklagen für eingeplante Ausbauprojekte zurückgreift (Anfang 2006 waren das noch fast 80 Mio. Euro).

Damit stehen allerdings dringend erforderliche und bisher fest zugesagte Netzausbauten wie die Heidebahn, die Regionalstadtbahn Braunschweig und die S-Bahn Hannover-Hildesheim oder die S-Bahn Bremen auch zur Disposition. Diese Projekte müssten damit verschoben oder sogar grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Resümee: Die Landesregierung steht in der Verantwortung und hat wegen des „schmutzigen Geschäftes“ mit der Mehrwertsteuer auch finanziell die Möglichkeit, den ÖV-Kahlschlag zu stoppen.

Durch Umschichtungen und effizienteren Mitteleinsatz könnte der nötige Finanzspielraum geschaffen werden, um die negativen Folgen im niedersächsischen ÖPNV noch zu verhindern. Wird die Regierungsmehrheit nicht von allein in diesem Sinne tätig, werden wir GRÜNEN im Zuge der Haushaltsplanberatungen auf folgende Korrekturen drängen:

1. Die im Bundesrat angekündigte Absenkung der Kürzung um 500 Mio.

Euro muss endlich umgesetzt werden, damit Planungssicherheit vor Ort besteht. Wir fordern Ministerpräsident Wulff auf, sich hierfür im Bundesrat einzusetzen. Möglich ist damit eine Reduktion des Kürzungsbetrages für Niedersachsen um ca. 11 Mio. Euro pro Jahr.

2. Die Mittel des Gemeindeverkehrsfiananzierungsgesetzes müssen wieder zu gleichen Teilen auf Schiene und Straße aufgeteilt werden. Gewinn für den ÖPNV 12 Mio. Euro pro Jahr.
3. Zukünftig ist durch eine ergänzende Verordnung eine strenge Verwendungsvorgabe und -kontrolle bei den Nahverkehrsgesetzmitteln durchzusetzen. Gewinn für den ÖPNV ca. 8 Mio. Euro pro Jahr.
4. Umstrittene Planungen für Straßenneubauprojekte müssen endlich ausgesetzt und Vorratsplanungen bei nicht gesichertem Mittelzufluss beendet werden. So wird ermöglicht, die Fremdvergaben für Planungen entsprechend zu reduzieren und die Verwaltungsreform in der Straßenbauverwaltung zu beschleunigen. Gewinn für den ÖPNV: 5 bis 9 Mio. Euro pro Jahr in den kommenden Jahren.
5. Die Verkehrsunternehmen, die den Schülerverkehr betreiben, haben angeboten, für die nächsten Jahre eine fixe prozentuale Reduktion der Aufwendungen zu vereinbaren. Gerade weil diese bisher stetig gewachsen sind, muss dies umgesetzt werden. Damit stünde auch hier ein jährlich wachsender Millionenbetrag zusätzlich für die übrigen ÖV-Leistungen in Niedersachsen zur Verfügung.

Diese Maßnahmen können alle zusammen genommen den drohenden Einschnitt im ÖPNV-Angebot zwar noch nicht völlig ausgleichen, aber sie reduzieren die Kürzungen entscheidend. Nur so wird es möglich, vor Ort noch akzeptable Lösungen mit den Verkehrsunternehmen zu erarbeiten, um das ÖPNV-Angebot in Niedersachsen vor einem Kahlschlag zu bewahren. GRÜNE werden im Landtag und auf regionaler Ebene gemeinsam mit Verkehrsinitiativen und Fahrgästen für diese Lösungsansätze werben.



Anfragen und Anträge im »Öko-Ausschuss« (2)

Grüne

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN – Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg
Dieter Albrecht, Andreas Beichler, Lisa Maack, Ruth Wenzel
Am Kirchkamp 7, 30952 Ronnenberg, ■ 0511/46 68 63

Herrn
Bürgermeister
Wolfgang Walther
Rathaus
Hansastraße 38
30952 Ronnenberg

Ronnenberg, 18. Februar 2007

**Betreff: Leerstand von Wohnraum
Anfrage der Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN für die nächste
Ratssitzung**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt nach der Geschäftsordnung des Rates folgende Anfrage:


Aus verschiedenen Gründen ist in den Städten und Dörfern z.Zt. ein Leerstand von Wohnungen zu verzeichnen.

Wir fragen deshalb die Stadt Ronnenberg:

- wie viele Wohnungen in der Stadt Ronnenberg stehen z.Zt. leer?
- wie viele Gewerbegebäude, Büroräume in der Stadt Ronnenberg stehen z.Zt. leer?

Mit freundlichen Grüßen

(Ruth Wenzel)



Grüne

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN – Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg
Dieter Albrecht, Andreas Beichler, Lisa Maack, Ruth Wenzel
Am Kirchkamp 7, 30952 Ronnenberg, ■ 0511/46 68 63

Herrn
Bürgermeister
Wolfgang Walther
Rathaus
Hansastraße 38
30952 Ronnenberg

Ronnenberg, 18. Februar 2007

**Betreff: Gewährleistung bei baulichen Maßnahmen von Fußwegen und Straßen
Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt nach der Geschäftsordnung des Rates folgenden Antrag:

Die jährliche Straßenzustandsaufnahme in Ronnenberg hat wieder eine lange Mängel-
liste ergeben. Bevor hierfür Gelder in den städtischen Haushalt eingestellt werden, soll
überprüft werden, ob es sich um Schäden handelt, die zu Lasten der Stadt Ronnenberg
gehen. Ist dies nicht der Fall, so ist unter Berücksichtigung der Gewährleistungszeit
Regress einzufordern.

Begründung:
Wenn im Zuge von Leitungsarbeiten am Netz von Telekom, den Wasserwerken oder dem
Strom- oder Gasversorger Fußwege oder Straßen nicht wieder fachgerecht verschlossen
werden, muss die Leistung eingefordert werden, so ist z.B. ein gepflasterter Fußweg
wieder zu pflastern und nicht lediglich bituminös zu verschließen.

Auf Nachfrage in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Ökologie und Wirtschaft vom
14.02.2007 wurde dieser Sachverhalt bestätigt aber gleichzeitig seitens der Verwaltung
eingeräumt, dass sich die Stadt aufgrund der personellen Situation nicht in der Lage sieht,
diesen Forderungen nachzugehen.



Stichwort: *Bauleitplanung*

Bauleitplanung ist das zentrale Instrument, zur Ermöglichung von Bauvorhaben, zur Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklung und zur sinnvollen Ordnung von Art und Maß der baulichen Nutzungen. Die Gemeinden haben die Aufgabe, Bauleitpläne aufzustellen, zu ändern oder zu ergänzen, Grundstücke in der Gemeinde vorzubereiten und zu leiten. Öffentlichkeit und Behörden sind in einem förmlichen Verfahren zu beteiligen. Alle betroffenen öffentlichen und privaten Belange sind abwägend zu berücksichtigen. Rechtsgrundlage der Bauleitplanung ist das Baugesetzbuch. Die Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen

auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, sowie eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende, sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten. Weiter sollen diese Pläne dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln. Dabei sind der allgemeine Klimaschutz zu berücksichtigen sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Unterschieden werden muss zwischen dem **Flächennutzungsplan** (vorbereitender Bauleitplan) und dem **Bebauungsplan** (verbindlicher Bauleitplan). Im Flächennutzungsplan ist für das ganze Gemein-

degebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen darzustellen. Er soll spätestens 15 Jahre nach seiner erstmaligen oder erneuten Aufstellung überprüft und, soweit erforderlich, geändert, ergänzt oder neu aufgestellt werden. Der Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln und enthält die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung. Er bildet die Grundlage für weitere, zum Vollzug dieses Gesetzbuchs erforderlichen Maßnahmen und den Zulässigkeitsrahmen für bauliche und sonstige Vorhaben auf den Grundstücken.



**Kontakt zum Grünen
Ortsverband:**

› **Regina Lupp,**
Telefon 0511 433164
E-Mail: regina.lupp@htp-tel.de

› **Verena Kuhn,**
Telefon 0511 46686
E-Mail: d.albrecht@htp-tel.de

Internet:
www.gruene-ronnenberg.de

Termine

Ortsversammlungen:

17. April 2007 OV in Ihme-Roloven (Genauer Ort und Zeit folgen mit Einladung).

5. Juni 2007 OV mit Veranstaltung zur Kalihalde in Ronnenberg.
(Genauer Ort und Zeit folgen mit Einladung)

Fraktionssitzungen:

Mittwoch, 11. April 2007, 19:30 Uhr bei Dieter Albrecht.

Montag, 7. Mai 2007, 19:30 Uhr bei Dieter Albrecht.

Alle sind herzlich zur Teilnahme an den Sitzungen eingeladen!

Arbeitskreis Benthe:

Montag, 12. März 2007, 20:00 Uhr bei Elke Wahlen, Am Wallteich 23.

Ortsratssitzungen:

Ortsrat Benthe: Montag, den 16. April 2007, 16:00 Uhr.

Ortsrat Ihme-Roloven: Mittwoch, den 18. April 2007, 16:00 Uhr.

Ratssitzung:

Mittwoch, 30. Mai 2007, 18:00 Uhr.

Sicherheitslücken in Atomaufsicht müssen geschlossen werden

Grüne: Kontrollnetz offenbar undicht



Dorothea Steiner,
Landesvorsitzende der
niedersächsischen Grünen.

Die niedersächsischen Grünen fordern eine effektive Aufklärung der Hintergründe des Uranfundes in einem Garten im niedersächsischen Lauenförde. Nicht zum ersten Mal ist radioaktives Material unbemerkt verschwunden«, sagt die niedersächsische Vorsitzende der Grünen, Dorothea Steiner. Niemand schein zu wissen, in welchem Ausmaß strahlende Substanzen unkontrolliert im Umlauf seien und auch für kriminelle Zwecke genutzt werden könnten.

Die Tatsache, dass der Gartenbesitzer kaum auf legalem Weg in den Besitz der Uranpellets gekommen sei, lasse befürchten, dass Uran über dunkle Kanäle nach Deutschland transportiert werde. »Die Behörden müssen dringend diese offen-

sichtlichen Sicherheitslücken schließen und das Kontrollnetz verstärken«, fordert Steiner. Ebenso müsse dringend geklärt werden, wieso die zuständigen Stellen offensichtlich über Jahre nicht auf die Hinweise des Lauenförders reagiert haben.

»Dieser Vorfall macht erneut die Gefahren auch bei ziviler Atomnutzung deutlich«, sagt Steiner. »Während der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff die Renaissance der Atomkraft fordert, läuft sein Umweltminister durchs Land und sammelt verloren gegangenes Uran in Gärten ein«, sagt Steiner.